**Antrag soll Adressweitergabe Minderjähriger an Bundeswehr erschweren**

Auf Anregung des linken Bundestagsabgeordneten Dr. Alexander S. Neu soll sich der Rat der Stadt/Gemeinde XX dafür aussprechen, dass Minderjährige und deren Eltern künftig vor der Weitergabe ihrer Adressen an die Bundeswehr persönlich informiert werden. Neu ist Obmann der Bundestagsfraktion DIE LINKE im Verteidigungsausschuss, er betont: „Mehr als 1500 Minderjährige sind bei der Bundeswehr. Jedes Jahr übersendet die Stadt / Gemeinde XX der Bundeswehr die Namen und Adressen aller Jugendlichen, die im Folgejahr 18 Jahre alt werden, damit diese dann Werbung an die Betroffenen senden kann, in der die Armeeangehörigkeit als Abenteuerurlaub verharmlost wird. Dagegen können sowohl die jungen Menschen, als auch Ihre Eltern Widerspruch einlegen. Darum habe ich auch für XX angeregt, vorab allen Betroffenen einen entsprechenden Musterwiderspruch zuzusenden.“

YY von DIE LINKE in XX ergänzt: „Wir begrüßen diesen Antrag und hoffen, dass die Ratsmehrheit nicht nur zustimmt, sondern darüber hinaus noch weitere Widerspruchmöglichkeiten gegen die Weitergabe der eigenen Adressdaten in das Musterschreiben aufnimmt. Ohne Widerspruch erhalten die Daten auf Anfrage auch Parteien, Bürgerinitiativen, Direktwerbeunternehmen oder Adressbuchverlage. Das dagegen Widerspruch möglich ist, ist viel zu wenig bekannt.“

<https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/rekrutierung-minderjaehriger-bei-der-bundeswehr-stoppen/>